

November 2020

# Länderbericht

Länderbüro Guatemala



## Ein Haushalt, der nicht haushaltet

### Der Kongress verabschiedet ein Budget, das keiner haben will

*Dr. Rudolf Teuwsen*

Nach einer rund elfstündigen Nachtsitzung hat der Kongress in den frühen Morgenstunden des 18. November ohne Diskussion der Einzelpläne, aber eineinhalb Wochen vor dem vorgeschriebenen Termin, den bislang umfangreichsten Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte Guatemalas verabschiedet. Das Zustandekommen und die Zusammensetzung des Zahlenwerks stoßen auf heftige Kritik der breiten Öffentlichkeit sowie des Vizepräsidenten Guillermo Castillo und sogar staatlicher Institutionen. Präsident Giammattei, der die Turbo-Verabschiedung gefordert hatte, steht allein auf weiter Flur.

Mit 99,699 Milliarden Quetzales (umgerechnet etwa 10,5 Mrd. Euro) bleibt der Haushalt Guatemalas für das Jahr 2021 nur ganz knapp unter der symbolischen Marke von 100 Milliarden. Noch nie war ein Staatsbudget des Landes größer, auch wenn in diesem Jahr pandemiebedingt die Staatsausgaben mit 107,75 Milliarden Quetzales diese Grenze deutlich überschritten haben. Größer war auch noch nie das Defizit: Ein Drittel der geplanten Ausgaben muss über neue Schulden finanziert werden; sogar im Krisenjahr 2020 lag der Anteil der Neuverschuldung niedriger.

Die Tageszeitung *El Periódico* machte am Tag nach dem Parlamentsbeschluss mit einem ganzseitigen Abdruck von Edvard Munchs berühmten Bild „Der Schrei“ auf, während die ebenfalls täglich erscheinende größere *Prensa Libre* auf schwarzem Grund die „Sieben Sünden des Haushalts 2021“ auflistet: Vetternwirtschaft, Undurchsichtigkeit, Privilegierung, Geheimniskrämerei, Fiskalrisiko, Unterfinanzierung und Mangel an sozialer Entwicklung. Die Medien geben die uneingeschränkte, hundertprozentige öffentliche Kritik an dem Haushalt und seinem Zustandekommen wieder.

### Kontroverse zwischen Präsident und seinem Vize: Castillo stellt sich gegen Giammattei

Sogar Vizepräsident Guillermo Castillo hat den Präsidenten aufgefordert, gegen das Budget sein Veto einzulegen und das Gesetz an den Kongress zurückzuverweisen. Dasselbe fordern auch die Arbeitgeberverbände, die staatliche Universität San Carlos, die Bischofskonferenz, ja sogar die Justizbehörde *Organismo Judicial*. Präsident Alejandro Giammattei ist im Kreis seiner engsten Berater gefangen. Er selbst hatte den Kongress über Wochen gedrängt, den von seinem Finanzminister vorgelegten Haushalt wie ein Notstandsgesetz zu verabschieden, d.h. im Schnellverfahren, ohne dreimalige Lesung und mit einer Zweidrittelmehrheit, damit die von der Pandemie gebeutelte Wirtschaft wieder angekurbelt werden könne. Nun hat ihm das Parlament den Gefallen getan, aber niemand will den Haushalt akzeptieren.

Am Freitagnachmittag, 20. November, 16:30 Uhr, erklärte der Präsident in einer Pressekonferenz, er könne und werde kein Veto gegen das Haushaltsgesetz einlegen. Zur Begründung verwies er darauf, dass ohne das Gesetz der Haushalt des Jahres 2020 weiter gelten würde, der ja viel höher sei als der neue, der, wie er behauptete, ausgewogen und

das Ergebnis zahlreicher Gespräche mit Vertretern von Wirtschaft und Gesellschaft sei. Der erste Punkt ist nicht falsch, aber irreführend: Erstens kann ein bestehender Haushalt jederzeit durch ein weiteres Gesetz ergänzt bzw. geändert werden und zweitens wäre bei einem raschen Veto bis zum 30. November noch genügend Zeit für eine Änderung der Vorlage für das kommende Jahr gewesen. Die zahlreichen Einsprüche gegen den Budgetplan aus allen Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft zeigen klar, dass der zweite Punkt bloß ein Produkt der Phantasie des Präsidenten ist, dem es ganz offensichtlich nicht gelungen ist, die guatemaltekische Gesellschaft und ihre Organisationen bei der Haushaltsplanung mitzunehmen.

Zwei Stunden nach der Pressekonferenz des Präsidenten gab Vizepräsident Castillo vor den Medien ebenfalls eine Stellungnahme ab. Darin erklärte er völlig überraschend, nachdem der Präsident nicht bereit sei, wie von ihm und anderen gefordert, ein Veto gegen das Gesetz einzulegen, habe er ihm vorgeschlagen, dass beide gemeinsam ihre Ämter niederlegen. Einen einseitigen Rücktritt seinerseits schloss er aber aus. Dass Präsident Giammattei auf den Vorschlag eingeht, ist jedoch nicht zu erwarten. Er hat vier Anläufe unternommen, um endlich Präsident zu werden, und wird schlicht nicht bereit sein, bereits nach weniger als einem Jahr auf das Amt zu verzichten.

Beim Verfassungsgericht (*Corte de Constitucionalidad*) wurden inzwischen acht Klagen gegen das Haushaltsgesetz eingereicht. Eine dieser Klagen stammt von einem (kleineren) Teil der Parlamentsfraktion der *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE), die mit 52 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion im Kongress stellt. Der größere Teil dieser Fraktion hatte allerdings für das Budget die Hand gehoben, ebenso wie Abgeordnete aus zwölf weiteren der insgesamt 19 Fraktionen. Aber nur vier davon haben geschlossen abgestimmt. Die Zugehörigkeit zu einer Partei und deren Parlamentsfraktion gilt der großen Mehrheit der Abgeordneten nichts, sofern Ihnen denn (finanzielle) Anreize für eine Zustimmung geboten werden.

### **Fehlende Transparenz, falsche Prioritäten, fragile Finanzierung**

Die Kritik an Präsident, Kongress und Haushalt kommt aus drei verschiedenen Richtungen. Die Arbeitgeberverbände sowie andere Wirtschaftsfachleute verurteilen die starke Neuverschuldung, den hohen Anteil an Personalausgaben (63 Prozent) und den Mangel an Investitionen (20 Prozent). Die Bischofskonferenz, der Ombudsmann und andere Anwälte der armen Bevölkerung (etwa zwei Drittel der Einwohner Guatemalas) beklagen, dass die wenigen Mittel für Investitionen zum größten Teil in den Straßenbau und die nationale Sicherheit gesteckt werden sollen, anstatt in Bildung, Gesundheit und die Bekämpfung der Unterernährung. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen schließlich bemängeln die fehlende öffentliche Diskussion über die Haushaltspläne und deren Verabschiedung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion.

Vor allem den Kampf gegen die Unterernährung hatte sich Präsident Giammattei groß auf die Fahnen geschrieben, bei den Haushaltsverhandlungen aber dann hingenommen, dass die Sondermittel für die sogenannte Große Kampagne zur Ernährung (*Gran Campaña por la Nutrición*) in Höhe von 200 Millionen Quetzales vom Parlament gestrichen wurden. Das Geld genehmigten sich die Abgeordneten stattdessen für den Kauf eines neuen Bürogebäudes. Erst in letzter Minute beschloss der Kongress dann doch noch einen Änderungsantrag, mit dem das Budget des Ministeriums für Soziale Entwicklung (*Ministerio de Desarrollo Social*) um genau 200 Millionen Quetzales aufgestockt wird. Dieses Ministerium aber steht dauerhaft in der Kritik, weil es die ihm zugedachten Haushaltsmittel alljährlich besonders langsam und nur sehr unvollständig verausgabt.

Besondere Ablehnung hat auch der Ansatz für die sogenannten Bezirklichen Entwicklungsräte (*Consejos Departamentales de Desarrollo*) in Höhe von 3,4 Milliarden Quetzales hervorgerufen. Dies rührt nicht zuletzt daher, dass 1,35 Milliarden keinen konkreten Projekten zugeordnet sind und damit absehbar ist, dass das Geld in irgendwelchen dunklen Kanälen verschwindet. Nahezu alle Kommentatoren betrachten

deshalb diese Mittel als Schmiergeld, um die Abgeordneten aus den Bezirken, die davon besonders profitieren, zur Zustimmung zum Haushaltsgesetz zu bewegen. Dass einige Bürgermeister, die auch im Kongress sitzen, daher den Haushalt verteidigen, verstärkt nur das Misstrauen und die Kritik.

### Landesweite Proteste

Am Samstag, 21. November, versammelten sich mehrere Tausend Menschen zu einer Demonstration gegen den Haushalt auf dem Hauptplatz von Guatemala-Stadt vor dem Kulturpalast und der Kathedrale. Auch in den Bezirkshauptstädten von Alta Verapaz, Chiquimula, San Marcos, Petén, Quetzaltenango und Huehuetenango kam es zu Demonstrationen. Alle verliefen friedlich. Nur in Guatemala-Stadt kam es 600 Meter Fußweg vom Hauptplatz entfernt an einem Bürotrakt des Parlaments zu gewalttätigen Ausschreitungen Vermummter, die in dem Gebäude Feuer legten. Es soll sich um Studierende der Universität San Carlos, der einzigen staatlichen des Landes, gehandelt haben. Beobachtern fiel auf, dass just an diesem Tag, der Zugang zum Parlament praktisch unbewacht war, nachdem die Polizei zuvor das Gebäude die ganze Woche lang weiträumig abgeriegelt hatte. Auch gibt es Bilder, die von heimischen Medien in den Sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden und die nach ihrer Ansicht nahelegen, dass sich Agitatoren des Geheimdienstes unter die Studierenden gemischt haben, um diese zu den Ausschreitungen zu animieren. Ziel sei es offenbar, die Demonstrationen insgesamt zu diskreditieren.

Ansonsten zeigte auch die Polizei ganz überwiegend Zurückhaltung. Kurz vor Einbruch der Dunkelheit feuerten jedoch Mitglieder einer Spezialeinheit, die wohl eine Gruppe Randalierer verfolgten, von einer Ecke des Hauptplatzes aus Tränengaspatronen ab, die zum großen Teil erst in der Mitte des Platzes explodierten und so einige friedliche Demonstranten verletzten. Insgesamt meldeten die Krankenhäuser, sie hätten mehr als 20 Personen versorgen müssen, die meisten wegen Schädigungen der Augen aufgrund des Tränengases. Aufgrund dieser Vorkommnisse haben die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie die Gruppe der 13 Geberländer für Guatemala, deren Vorsitz derzeit Deutschland führt, die Regierung aufgefordert, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu schützen. Präsident Giammattei hingegen hat die OAS gebeten, die gewaltsamen Ausschreitungen am Parlamentsgebäude zu untersuchen, ohne die Aktionen der Polizei zu erwähnen.

### Wie es weitergehen soll

Zwei Stunden vor Beginn der Demonstrationen hatte Präsident Giammattei verkündet, er wolle mit Vertretern der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Think Tanks, darunter auch der KAS-Partner ASIES, Gespräche über mögliche Änderungen am Haushaltsgesetz führen. So will er sich offenbar einen Weg eröffnen, gesichtswahrend aus der für ihn völlig verfahrenen Situation herauszukommen. Lässt er das Gesetz unverändert passieren, hat er praktisch alle gegen sich; legt er ein Veto ein, desavouiert er sich selbst. Ob sich dieser Ausweg wirklich eröffnet, ist jedoch ungewiss, fordern doch die von ihm angesprochenen Institutionen sehr weitreichende Änderungen.

So hatte zum Beispiel ASIES, einer der angesehensten Think Tanks des Landes, in einer öffentlichen Mitteilung nicht nur die Art des Zustandekommens des Haushaltes kritisiert, sondern vor allem die genannte Zuordnung von Mitteln für die Bezirklichen Entwicklungsräte sowie die fehlende Priorisierung der wichtigsten Aufgaben einer jeden Regierung Guatemalas: Bildung, Gesundheit und Kampf gegen die Armut.

Giammattei hat seinen Finanzminister instruiert, die Think Tanks zu Gesprächen in dieser Woche einzuladen. Inzwischen hat das Präsidium des Kongresses in der Nacht von Sonntag auf Montag entschieden, das Haushaltsgesetz dem Präsidenten gar nicht erst zur Unterzeichnung zuzuleiten. Damit kann es nicht in Kraft treten, und es bleibt vorerst der Haushalt des Jahres 2020 gültig.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Dr. Rudolf Teuwsen  
Leiter des Auslandsbüros Guatemala und Honduras  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[rudolf.teuwsen@kas.de](mailto:rudolf.teuwsen@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)